# Aufwertungsfragen im Landtag

## Reichswehr und Polizei gegen die Metallarbeiter / Vertagung des Landtags zur Verteufelung von Regierungsdifferenzen

### Landtagssitzung vom 22. Februar 1927

Im Landtag wurde heute ein Antrag der Kommunistischen Partei, der die Heraufsetzung der Aufwertung für kleine Sparguthaben von 12½ auf 25 Prozent fordert und daß die Auszahlung der Sparguthaben vor dem Jahre 1924 stattfinden kann und der eine Regelung der Verzinsung nach dem Reichsaufwertungsgesetz verlangt, beraten.

Die sächsische Regierung hat in einer Verordnung vom 15. Februar 1926 die Aufwertungsgrenze für alle Sparguthaben auf 12½ Prozent festgesetzt, während nach dem Reichsgesetz eine höhere Aufwertung ermöglicht wird.

Gegen diese Festsetzung, durch die insbesondere eine große Menge kleiner Sparer getroffen werden, wendete sich der Antrag der kommunistischen Fraktion.

**Genosse Renner**

zeigte als Redner der Fraktion, wie durch die Inflation Reich und Länder und Großkapitalisten sich auf Kosten der kleinen Sparer bereichert haben und daß die kleinen Sparer jetzt in vielen Fällen der größten Not ausgesetzt sind. Weiter verlangt der kommunistische Antrag, daß auch die Sparguthaben in Fabrik- und Werksparkassen im gleichen Maße sofort aufgewertet werden, daß darüber hinaus die Regierung Richtlinien herausgibt, die die Ansprüche der Sparer mit 100 Prozent Aufwertung festlegen.

Genosse Renner wies nach, daß es den Werken und Betrieben sehr gut möglich sei, eine solche Aufwertung durchzuführen, da diese die Spargelder während der Inflationszeit zum größten Teil in Sachwerten angelegt haben, daß die Fabriken aber auch heute erhöhte Dividenden abwerfen, so daß auch hier eine ausgesprochene

**Bereicherung der Kapitalisten auf Kosten der kleinen Sparer**

vor sich gegangen ist.

Genosse Renner geißelte besonders scharf das Verhalten der Unternehmer, die den Arbeitern die mühselig vom Munde ersparten Pfennige einfach geraubt haben. Er brandmarkte die Rolle der Aufwertungspartei, die zwar auch einige Aufwertungsanträge zur Beruhigung ihrer Wähler gestellt habe, die aber eine Regierung unterstütze, die nicht daran denke, die Guthaben der kleinen Sparer aufzuwerten, sondern die sich vielmehr damit beschäftige, durch die Erhöhung der Mieten und die Aufhebung des Mieterschutzes für die gewerblichen Räume Tausende von kleinen Geschäftsleuten und Gewerbetreibenden ihrer Existenz zu berauben. Das Einbringen der Aufwertungsanträge solle der Aufwertungspartei nur die Möglichkeit geben, nach der Durchführung reaktionärer Mietmaßnahmen durch die Heldt-Regierung auch diese Regierung weiter zu unterstützen.

Der Antrag der kommunistischen Fraktion fordert die 100prozentige Aufwertung aller Sparguthaben bis zu 5000 RM.

Genosse Renner zeigte, daß sämtliche bürgerlichen Parteien und

**auch die Sozialdemokratische Partei für die rücksichtslose Ausplünderung der kleinen Sparer verantwortlich**

sein. 1923 haben diese Parteien geschrien, daß die Kommunisten schuld an der Inflation wären; jetzt haben die kleinen Sparer einsehen gelernt, daß nicht die Kommunisten, sondern die Großkapitalisten und die Vertreter der bürgerlichen Parteien die Verantwortlichen an dem Inflationsfeldzug sind.

Als nächster begründet Dr. v. Zumetti (Volksrecht und Aufwertung) mit für die Berichterstatter unverständlicher Stimme 3 Anträge der Aufwertungspartei.

Der Regierungsvertreter antwortet auf die gestellten Anträge mit einer Belobigung der Justizbeamten und -angestellten bei den Amtsgerichten und Grundbuchämtern, die sich mit größter Aufopferung für die Förderung der Aufwertungsverfahren verdient gemacht hätten.

Auf die Frage der Aufwertung selbst geht der Regierungsvertreter dabei nicht ein.

Für die Sozialdemokraten spricht Abg. Dr. Neu. Er bestreitet die Schuld der Sozialdemokratischen Partei an der dritten Steuernotverordnung und den damit verbundenen Aufwertungsgesetzen. Auch er behandelt mehr die Arbeit der Justizbeamten, wie die Aufwertungsfrage selbst, wendet sich gegen die Aufwertung der Guthaben bis zu 5000 RM., spricht aber davon, daß die SPD die Aufwertung sozial gestalten wolle.

Vor der Rede von Neu kam es noch zu einer heftigen Geschäftsordnungsdebatte.

**Reichswehr und Polizei gegen Metallarbeiter!**

Die Mehrheit des Vorstandes (einschließlich des Sozialdemokraten Schwarz) und Aeltestenausschusses des Landtages verlangte, daß bis zum 9. März keine öffentliche Sitzung des Landtages mehr stattfinden solle. Sowohl der Abgeordnete Liebmann wie auch der Abgeordnete Böttcher wendeten sich gegen die Vertagung, die lediglich den jetzt wegen der Mieterfrage entstandenen Differenzen in der Regierung Hilfe leisten soll.

Liebmann erklärte, daß bei der jetzigen politischen Lage in Anbetracht des Metallarbeiterstreiks eine Vertagung des Landtages unter keinen Umständen stattfinden dürfe. Der sozialdemokratischen Fraktion sei mitgeteilt worden, daß in Anbetracht des Metallarbeiterstreiks die Reichswehr in erhöhte Alarmbereitschaft versetzt sei und daß von Dresden Reichswehr nach Leipzig gebracht werden solle.

Genosse Böttcher erklärt, daß nicht nur Reichswehr alarmiert, sondern daß auch die Polizei sich in erhöhter Alarmbereitschaft befinde und daß auf Anordnung der Regierung Polizeiverstärkung nach Chemnitz geschickt werde. (Stürm. Hört! hört! links und Bewegung auf der Tribüne.) Er verlangt sofort Auskunft von der Regierung über diese reaktionäre Maßnahme und protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die vorbereitenden Maßnahmen zur blutigen Unterdrückung des Metallarbeiterstreiks.

**Während die Industriellen zirka 200 000 Metallarbeiter brotlos machen und auf die Straße schmeißen, amüsieren sie sich selbst zur 25jährigen Feier ihres Scharfmacherverbandes bei Saufgelagen und Tanzvergnügen im Centraltheater.**

Die Heldt-Regierung aber mobilisiert die Polizei gegen die herausgeworfenen Arbeiter.

Die bürgerlichen Parteien antworten auf diese Enthüllungen mit spöttischem Gelächter, die Regierung selbst schweigt.

**Schwarz stützt die Regierungskoalition!**

Die Mehrheit des Landtages beschließt mit den Stimmen der ASPS und des Präsidenten Schwarz die Vertagung der Plenarsitzung bis zum 9. März.

Für die Deutschnationalen spricht der Abgeordnete Berg und erklärt, daß seine Fraktion für eine Aufwertung im „Rahmen des Möglichen" sei. In der Praxis also wird diese Partei trotz der schönen Rede sich gegen die Aufwertung wenden.

Dr. Dehne (Demokrat) wendet sich gegen die Kommunisten und erklärt, daß diese dort, wo sie die Macht haben, nicht aufwerten. Im übrigen sagt er, daß der Antrag der Kommunisten zu weitgehend sei und von den Demokraten nicht unterstützt werde.

Nach einigen Erklärungen des Abg. Mad und des Abg. Berg erhält Genosse Renner das Schlußwort.

Er betont gegenüber dem Abg. Dr. Neu, daß dieser versucht habe, die Rolle der Sozialdemokraten zu verschleiern. Die SPD sei es gewesen, die im Reichstag mit den bürgerlichen Parteien gemeinsam das Ermächtigungsgesetz beschlossen habe und die damit der Regierung Marx die Möglichkeit zur Durchführung der dritten Steuernotverordnung und der damit zusammenhängenden Gesetze gegeben habe. Diese Schuld der Sozialdemokraten, ihre Unterstützung der reaktionären Reichsregierung sei nicht abzustreiten.

Der Abg. Dr. Dehne habe sich das Ausweichen der Demokraten vor der Aufwertungsfrage bequem gemacht, indem er nach Sowjet-Rußland zeige.

**In Sowjet-Rußland habe aber die Aufwertungsfrage nicht gestanden, weil dort die Arbeiter- und Bauernregierung, die Großgrundbesitzer u. Großkapitalisten enteignet und damit den Arbeitern, den kleinen Bauern und ehemaligen Mittelständlern die Grundlage für ihre soziale Existenz geschaffen habe.**

(Lebhaftes „Sehr gut!" bei den Kommunisten.)

Die heutige Debatte zeige schon wieder, daß die bürgerlichen Parteien aus propagandistischen Gründen für die kleinen Sparer sprechen, aber nicht gewillt sind, ernsthaft etwas für sie zu unternehmen. Die Ausschußberatung werde zeigen, daß man versuchen wird, die Anträge praktisch wirkungslos zu machen.

Die Anträge werden dem Rechtsausschuß überwiesen.

Nächste Sitzung: 9. März, Mieterfragen.

# „Im Reiche der Olba"

**Kleinsaubernitz.** Uns wird geschrieben: Auch in diesem kleinen Ort an der äußersten Grenze der Lausitz gelegen, mußten im Herbst vorigen Jahres Neuwahlen zum Gemeindekollegium ausgeschrieben werden. Wie das nun gesetzmäßig vorgenommen werden müßte, wußte auch der Herr Bürgermeister Heinze, trotzdem der Arm des Gesetzes nicht bis nach Kleinsaubernitz vorgedrungen war. Um nun die Gemeindewahlen so zu gestalten, daß der Herr Bürgermeister im Interesse seiner Auftraggeber, so wie er es seit langen Jahren gewohnt, die Geschäfte der Gemeinde weiterführen konnte, mußten eingehende Wahlvorschläge, die dieses durchkreuzen oder verhindern konnten, unter allen Umständen unmöglich gemacht werden. Man hatte ja auch alle Ursache dazu, was aus folgendem ersichtlich wird:

Eine sehr wichtige Sache in der Gemeinde ist die Steuerfrage. Um die Richtigkeit festzustellen, wurden von den Grundbesitzern erst die Steuerbücher eingeholt, um festzustellen, wieviel jeder bezahlt hatte und was noch zu bezahlen ist. Einige Gemeindemitglieder hatten sich schon gefreut, in den früheren schönen Verhältnissen weiterzuleben — aber — o weh — sie erhielten als Weihnachtsgeschenk einen Steuerzettel mit rückständigem Betrag und Zinsen bis zu 1900 M. (eintausendachthundert), eine Kleinigkeit für die Betreffenden bei den heutigen Verhältnissen

**Arbeitslose unterschrieben Quittungen über verdienten Lohn, ausbezahlt bekamen sie jedoch weniger.**

Herr M., Schachtmeister a. D. und Gemeindeverordneter und aufsichtsführender Sachverständiger in Gemeindekulturarbeiten, wurde als Vorgesetzter von einem Arbeitslosen befragt, weshalb er mehr Geld quittieren müsse, als er erhalten habe.

Jedoch Herr M., der als Gemeindeverordneter auch arbeitslos war und Pension bezog, war zu feige, sich über den Antrag des Arbeitslosen über das Quittungssystem von Herrn Bürgermeister zu orientieren und die Antwort mußte natürlich ausbleiben. Es mag wohl auf Grund seiner damaligen Position als Beamter der Erwerbslosen zurückzuführen sein.

Die Genehmigung der 150 Prozent Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer soll beweisen, daß Kleinsaubernitz eine starkarme Gemeinde ist. Aber der Bürgermeister wollte auch zeigen, daß er ein Herz im Leibe habe; so schenkte die Verwaltung allen Kindern des Ortes ob arm, ob reich eine Tüte mit Zuckerzeug. Gesamtwert 120 Mark — wirklich rührend!

Ganz eigenartige Zustände sind es jedoch, wenn innerhalb von drei Jahren nicht ein einziges Mal die Kasse, die Rechnungen und die Belege der Gemeinde geprüft werden. Hier hat sich das alte Gemeindekollegium einer Unterlassungssünde schuldig gemacht, welche in keiner Weise zu bemänteln ist. Nur dadurch konnten die Zustände eintreten, wie sie jetzt zu verzeichnen sind. Als nun die Rechnungen, Quittungen und die unerledigten Sachen dem unfähigen Bürgermeister über den Kopf wuchsen, da sah er ein, daß er abtreten mußte — aber sonderbar, er wurde von den alten Gemeindeverordneten wiedergewählt. Da jedoch die Sache aus diesem dunklen Ort nun schon bis zur nächsten Behörde gedrungen, wurde er

**von der Amtshauptmannschaft nicht bestätigt.**

Nunmehr hatte der bisherige Bürgermeister einen Herrn herbeigeholt, der sich nun schon vier Monate damit abquält, Ordnung in dieses Gemeindeamt zu bringen. Dieser Herr erhält pro Tag 20 M. und das schon vier Monate lang. Wer bezahlt diese Kosten? Der gewesene unfähige Bürgermeister, der Gemeinderat oder die Olba, oder etwa die Steuerzahler der kleinen Gemeinde? Was bei diesem Versuch im Interesse des Herrn Bürgermeisters Heinze wohl noch alles ans Tageslicht befördert wird! Was mag sich wohl angesammelt haben, wenn in vier Monaten nicht die Rechnungen, Quittungen und dergl. Sachen in dieser an sich sehr langen Zeit von solch kleiner Gemeinde in Ordnung gebracht werden können? Eine Illustration von der Tätigkeit des Bürgermeisters gibt ja auch noch der Bau des Gemeindehauses. Nach Angabe der Bauarbeiter sind bei diesem Neubau

**die Zementplatten über dem Keller ohne Eiseneinlage,**

und infolgedessen ist schon ein Arbeiter durchgebrochen. Die inneren Wände und Giebel sind meistens aus ungebrannten Ziegeln hergestellt. Der Lieferant dieses schlechten Materials war sonderbarerweise dieser Herr Bürgermeister Heinze. Einem Gemeinderatsmitglied, Herrn Roack, welcher die Sache im Kollegium zur Sprache brachte,

**drohte man mit Anzeige,**

und weil er diesen Antrag mehrere Male vorgebracht hatte, nach § 40 der Gemeindeordnung zu handeln, die Kasse usw. zu prüfen, droht man wiederum demjenigen, der wirklich die Interessen der Gemeinde vertreten will, mit allerhand Schikanen und Prozessen!

Nun war Herr Roack wieder als Spitzenkandidat auf einem Wahlvorschlag eingereicht. Dieser Wahlvorschlag brauchte nur 5 Unterschriften von eingeschriebenen Wählern, hatte aber sogar 31. Der Wahlausschuß behauptete, daß die Unterschriften „nicht ordnungsgemäß vollzogen" seien und wies den Wahlvorschlag zurück! Eine Arbeiterliste: Wahlvorschlag „Bauer" tat man in der Weise ab, daß die Frist zur Geldbeschaffung von 90 Mk. zu kurz bemessen war. Erst sagte man jedoch, daß alles seine Richtigkeit habe — und dann, 2 Tage vor dem Endtermin, alles mögliche auszusetzen und zu beanstanden hatte. Herr Roack von Wahlvorschlag 3 erhob jedoch Einspruch bei der Amtshauptmannschaft und so erklärte der Bezirksausschuß in der Sitzung vom 17. Januar 1927 die Wahl für ungültig! Da nun durch diese Schiebungen das jetzt noch nur formell zu Recht bestehende Gemeindekollegium Einspruch erhoben hat, liegt jetzt die ganze Angelegenheit der Wahl bei dem Oberverwaltungsgericht.

Die Arbeiter von Kleinsaubernitz werden nun bei der in kurzem stattfindenden Wahl der Gemeindeverordneten sich darüber klar sein müssen: Wie stellen wir und gegen wen führen wir den Kampf! Etwa im Verein mit den Parteien, die in ihrer Presse die Einsendungen der Arbeiter ablehnen (Eingesandt: Bautzner Tageblatt), oder im Bündnis mit der Partei, welche die Interessen der werktätigen Schichten gegen das allmächtige Kapital (hier die AG Olba) vertritt?

Nur wenn sich die Arbeiter und Angestellten, Beamten und Kleinbauern zu einem Block mit der Kommunistischen Partei zusammenschließen, die Presse derselben, die Arbeiterstimme lesen und so den Kampf führen, ist es möglich die Kapitalistenbande mit ihren ergebenen Lakaien zu beseitigen.

Werktätige von Kleinsaubernitz handelt schon in diesem Sinne bei der in Kürze stattfindenden Neuwahl!

**Neukirch (Lausitz).** Am Sonntag, 20. Febr., entriß der Tod unserer Ortsgruppe einen jungen, treuen und pflichtbewußten Genossen und Kameraden — **Max Hartmann**. Er hat sich durch sein stilles Wesen und opferwilliges Verhalten in den Ortsgruppen der KPD und des RFB aufrichtige Freunde geschaffen. Ehren wir ihn dadurch, daß wir an der Lösung unserer großen Aufgabe, die auch der Leitstern seines Lebens war, mit aller Kraft arbeiten. Gedenken wir seiner, wenn wir die Lücke, die mit seinem Tode in unsere Reihen gerissen wurde, durch verstärkte Arbeit ausfüllen!

KPD, Ortsgr. Neukirch. RFB, Ortsgr. Neukirch.

## An alle Erwerbslosenausschüsse Ostsachsens

**Die Kreisleitung der Erwerbslosen Ostsachsens beruft hiermit für Mittwoch, den 2. März 1927, vorm. 10 Uhr nach dem Bürgerkasino Dresden, Große Brüdergasse, die**

**3. Kreiskonferenz der Erwerbslosenausschüsse Ostsachsens**

**ein. Als Delegationsmandate gilt folgende Grundlage: bis 200 Erwerbslose 1, bis 500 2, je weitere 500 je 1 Delegierter. Die Finanzierung hat durch die einzelnen Ausschüsse zu geschehen.**

**Erwerbslose Ostsachsens!**

**Die Bürgerblockregierung im Reiche holt zum Schlage gegen die Erwerbslosen aus. Die Konferenz der Erwerbslosen soll die Waffen schmieden, um die Pläne dieser Regierung zuschanden zu machen. Die Kreiskonferenz soll eine Generalmusterung der Erwerbslosen Ostsachsens sein, deshalb müssen alle Erwerbslosen Ostsachsens Delegierte entsenden.**

**Kreisausschuß der Erwerbslosen Ostsachsens.**

Vor dem Besuch von Gesellschaften, Theater, Bällen usw. versäumen Sie nicht Ihre Zähne mit der herrlich erfrischenden Chlorodont-Zahnpaste zu putzen.

Chlorodont

Kleine Tube 60 Pfg., große Tube Mark 1.—

Die Chlorodont-Zahnpaste macht die Zähne blendend weiß, entfernt häßlich gefärbten Zahnbelag, beseitigt unangenehmen Mundgeruch.